

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Die Aussichten am Baumarkt 1925.

Wie wird sich im laufenden Jahre der Baumarkt gestalten? Darauf sind nicht nur die unmittelbar am Baugewerbe interessierten Kreise gespannt, sondern auch alle zu letzterem in irgendwelchen Beziehungen stehenden Berufsgruppen. Ist das Baugewerbe beschäftigt, so ist Arbeit auch für zahlreiche andere Berufe vorhanden. Und was das Wichtigste ist, dem Wohnungsbedürfnis würde, zwar langsam nur, aber doch allmählich, abgeholfen. Seine gänzliche Befriedigung dürfte viele Jahre erfordern. Die „Baugewerkszeitung“ hofft auf eine rege Bautätigkeit für dieses Jahr. In einem Rundblick am Bau- und Wirtschaftsmarkt im Dezember vorigen Jahres mußte sie allerdings noch feststellen, daß das Baugewerbe daniederliege und daß auch die nächsten Jahre mit einem „Wurksteln“ zu rechnen sei. „Wenn die Baugewerke, Unternehmer und Bauherren nicht zur Selbsthilfe schreiten“. Worin die Selbsthilfe zu bestehen habe, wird schamhaft verschwiegen. Im allgemeinen behindere Kreditnot den Aufschwung des Baugewerbes, es fehle an Betriebskapital, obwohl Städte und Gemeinden „im Gelde schwimmen“. Wirklich helfen könne, so meint das genannte Organ, nur eine rein bürgerliche Regierung, der das Wohl des Vaterlandes über die Partei gehe.

Was die „Baugewerkszeitung“ zur Voraussetzung für eine Belebung des Baumarktes machte, ist inzwischen eingetreten. Eine rein bürgerliche Regierung ist zustande gekommen. Ueber das Wie schweigt man am besten. Und ob sie das Wohl des Vaterlandes über die Partei stellt, wird man abwarten müssen. Davon aber, daß die Erwartungen der „Baugewerkszeitung“ bald in Erfüllung gehen könnten, hat man bei dem erstmaligen Auftreten der rein bürgerlichen Regierung im Reichstage nichts gehört. „Die Regierung wird — so kündigte sie an — soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist, mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fortfahren. Dabei wird sie sorgfältig die bedürftigen, wirtschaftlich schwachen und kinderreichen Familien berücksichtigen. Insbesondere wird sie scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freierwerdender Räume vornehmen.“ Von dieser mehr als lauschulartigen Erklärung dürfte die „Baugewerkszeitung“ kaum befriedigt sein, oder höchstens nur insoweit, als sie einen weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft verspricht, wovon auch sie eine Besserung der Lage des Baumarktes erwartet. — Ähnlich wie der Kanzler im Reichstage hat sich übrigens der Reichsarbeitsminister im Haushaltsauschuß des Reichstages geäußert.

Darin kann man der „Baugewerkszeitung“ beitreten, daß es vor allen Dingen Kreditnot ist, die eine Belebung des Baugewerbes verhindert. Bislang wurden die Mittel für Bauzwecke überwiegend aus dem Ertrage der Hauszinssteuer bestritten. Private Mittel kamen bestenfalls für einen Teil Eigenbauten in Frage. Ohne Zweifel hätten mehr Bauten ausgeführt, mehr Wohnungen errichtet werden können, wenn der volle Ertrag der Hauszinssteuer für Bauzwecke zur Verfügung gestanden hätte und nicht ein wesentlicher Teil für allgemeine und Verwaltungsaufgaben verwendet worden wäre. Daher sind Bestrebungen, die den ganzen Ertrag der Steuer dem Baugewerbe zugeführt wissen wollen, nur zu begrüßen. Eine dahingehende Forderung erhebt beispielsweise auch der Deutsche Städtetag mit der Maßgabe, daß möglichst die gesamten für die Bautätigkeit vorgesehenen Steuermittel den Gemeinden zur uneingeschränkten Verwendung überlassen würden, da sie, dank enger Fühlung mit dem Wohnungsmarkt, dem örtlichen Baugewerbe, gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen, dem örtlichen Realcredit usw., die geeignetsten Träger der Wohnungsbauförderung seien.

Dieser Forderung widersprechen jedoch die baugewerblichen Unternehmer. Sie sind zwar auch dafür, daß das Aufkommen an Hauszinssteuer restlos ihrer Bestimmung, das heißt dem Baugewerbe, zugeführt, nicht aber dafür,

daß es den Gemeinden zur uneingeschränkten Verwendung zur Verfügung gestellt wird. Darin sehen sie eine Beeinträchtigung der freien Wirtschaft, von der allein sie alles Heil erwarten. Der allen Dingen wissen sie, daß bei der freien Wirtschaft ihre Profitinteressen nicht zu kurz kommen. Sie sind ihnen noch immer die Hauptsache.

In der Forderung nach der freien Wirtschaft begegnen sich die Bauunternehmer mit den Hausbesitzern. Was aber die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Rückkehr zur ungebundenen Wirtschaft des Friedens bedeutet, hat kürzlich der Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) in einer Denkschrift an den Reichstag zutreffend charakterisiert, nämlich eine „Zwangswirtschaft, ausgeübt durch den Vermieter“. Die Denkschrift weist weiter auch darauf hin, daß, im Gegensatz zu andern Aufwertungsgläubigern, vor allem im Gegensatz zu dem Ardeikseinkommen der großen Massen des Volkes, der Hausbesitz bereits die Aufwertung in vollem Umfange erreicht habe, insofern, als sein Anteil, den er heute von der Miete erhalte, der Nettoeinnahme im Frieden entspreche. Wer von der freien Wohnungswirtschaft eine Belebung der Bautätigkeit, eine Vermehrung der Wohnungen erwartet, ist im Irrtum. Sie liegt ausschließlich im Interesse des Hausbesitzes.

Eine weitere Frage ist, ob durch Erhöhung der Wohnungsmieten Mittel für Bauzwecke beschafft werden können. Auch dafür werden Stimmen laut in dem Glauben, dadurch könne die private Bautätigkeit angeregt werden. Von dieser Mietserhöhung müßten, so meint man, besonders die Wohnungsinhaber alter Häuser betroffen werden: man denke dabei an eine Angleichung der Mieten für Altwohnungen an die Mieten für Neuwohnungen. Das würde aber eine Verbilligung der Friedensmieten bedeuten; ein Gedanke, der ernsthaft gar nicht in Frage kommen kann.

Welche Möglichkeit ist nun gegeben, dem Baugewerbe aufzuhelfen? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Abänderung der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 beantragt, dahingehend, daß die Hauszinssteuer in den einzelnen Ländern mindestens 20 % der Friedensmiete betragen müsse. Das Aufkommen der Steuer ist zur Förderung des Wohnungsbaues zu verwenden. Die Wirkung dieses Antrages, falls er überhaupt Annahme finden sollte, läßt sich im Augenblick nicht voraussagen. Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Brauns im Preussischen Landtage wird das Aufkommen an Hauszinssteuer in Preußen (nach dem bisher geltenden Satz) für 1925 auf 200 Millionen Mark geschätzt. Mit Hilfe dieses Betrages würden, so führte er aus, 50 000 Neubauten errichtet werden können. Auf jeden Bau würde danach ein staatlicher Zuschuß von 4000 M entfallen. Bei einem auf 20 % erhöhten Satz der Hauszinssteuer müßte demnach bei restloser Verwendung für Bauzwecke die doppelte Anzahl Neubauten zu erstellen sein. Das wäre immerhin eine, wenn auch nur unwesentliche Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt. Die Hauptursache der mangelnden Bautätigkeit ist und bleibt jedoch einstweilen die Kreditnot und im Zusammenhang damit der teure Geldstand. Zwar sind auch hier schwache Anzeichen einer Besserung vorhanden, doch ist ihre Auswirkung noch nicht zu übersehen. Solange diese Schwierigkeiten nicht behoben sind, wird die Bautätigkeit sich nicht in dem wünschenswerten Maße entfalten können. Solange wird sich auch die private Bautätigkeit auf Eigenbauten beschränken, werden dem Baumarkt nennenswerte Mittel von privater Seite nicht zufließen, sondern sie werden nach Anlage in der Industrie suchen. Bekanntlich war es schon in der Vorkriegszeit so, daß dem Baumarkt erst dann Mittel zur Verfügung standen, wenn entweder der Geldbedarf der Industrie völlig gedeckt war, oder wenn diese keine Anlagemöglichkeiten bot. Das ist auch heute noch nicht anders.

So ergibt sich als erste Voraussetzung für eine Belebung der Bautätigkeit eine Beseitigung der Kreditnot, eine

Verbilligung des Zinsfußes. Als zweite Voraussetzung eine Verbilligung der Baustoffe, die, wie in der vorigen Nummer bereits gezeigt worden ist, teilweise um ein Vielfaches über den Preisen der Vorkriegszeit liegen. Es kann und darf nicht angehen, daß die Baustoffindustrie, in Erwartung einer besseren Bautätigkeit, durch eine unerhörte Steigerung der Baustoffpreise einer Belebung des Baumarktes Steine auf den Weg wirft. Ebenso wenig wie es zugelassen werden kann, daß mit bebauungsfähigen Grundstücken ein Wucher getrieben wird, wie er in jüngster Zeit beobachtet werden konnte. Die Folge würde sein, daß die Erträge der Hauszinssteuer zu einem erheblichen Teile in die Taschen der Spekulanten am Baustoff- und Terrainmarkt fließen. In diese Wunden haben die zuständigen Behörden ihre Finger zu legen, damit das Allgemeininteresse, das Interesse der Wohnungsbedürftigen, gewahrt wird. Allen Ernstes ist auch eine Herabsetzung der Frachten für Baustoffe zu fordern, wie überhaupt alle Wege beschritten werden müssen, die einer Erleichterung der Schwierigkeiten auf dem Baumarkt dienen können. Und wenn uns auch, im Gegensatz zur „Baugewerkszeitung“, bei der augenblicklichen politischen Konstellation, bei einer rein bürgerlichen Regierung, die Aussichten hierfür nur gering erscheinen, so müssen wir doch diese Forderung heute lauter denn je zuvor erheben. — Um aber die eingangs gestellte Frage nach der Gestaltung des Baumarktes zu beantworten: Es wird dem Baugewerbe im laufenden Jahre an Beschäftigung nicht mangeln; auf eine Hochkonjunktur, wie sie dem Wohnungsbedürfnis entsprechend einsehen müßte, dürften wir aber vorerst kaum rechnen können.

Der Leerlauf in Industrie und Wirtschaft.

Mit Vorliebe wurde in den letzten Jahren von den Unternehmern die Behauptung aufgestellt, daß die ungünstige Lage der deutschen Wirtschaft, der Tiefstand der Produktion und die Höhe der Preise zum großen Teil auf das Verhalten der Arbeiter, ihre verminderte Arbeitsleistung und den Achtstundentag zurückzuführen sei. Im Gegensatz dazu haben die Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die gegen die Arbeiter gerichteten Vorwürfe überwiegend die Unternehmer selbst treffen, die Schuld an dem Daniederliegen der deutschen Wirtschaft in den Mängeln der Organisation und technischen Einrichtung der gewerblichen wie industriellen Betriebe und in den daraus entstehenden Leerläufen gesucht werden müsse. Diese Anlagen wurden von den Unternehmern in der Regel glattweg als unrichtig zurückgewiesen. Nur wenige von ihnen verstanden sich dazu, den Anlagen der Gewerkschaften eine gewisse Berechtigung anzuerkennen und Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Leider fehlt es bis jetzt in Deutschland an einer Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse, die eine einwandfreie Feststellung des Für und Wider der gegenseitigen Behauptungen gestattet.

In den Vereinigten Staaten hat im Jahre 1921 auf Veranlassung des Handelsministeriums eine derartige Untersuchung stattgefunden, die sich auf 6 verschiedene Berufszweige erstreckt, aus deren Ergebnissen Dr.-Ing. Martin Wagner im „Grundstein“ Einzelheiten über das amerikanische Baugewerbe bekanntgibt, die auch die deutsche Öffentlichkeit, besonders aber die Arbeiter, interessieren dürften. Nach den von der Untersuchungskommission herausgegebenen Berichten weist das amerikanische Baugewerbe einen Leerlauf von 53 % auf, wovon 34,3 % auf schlechte Betriebsführung, 11,3 % auf unzureichende Arbeitskräfte und 7,4 % auf sonstige Ursachen zurückzuführen sind. Als Leerlaufquellen werden bezeichnet:

1. Unregelmäßige Beschäftigung, veranlaßt durch schlechtes Wetter, Konjunkturschwankungen, Streiks und Aussperrungen;
2. schlechte Betriebsführung durch mangelnde Sorge für fortlaufende Beschäftigung, ungenügende Detaillierung, mangelndes Handinhandarbeiten zwischen Bureau und Baustelle, ungenügende Normalisierung und Typisierung der Arbeit, Kraftvergeudung, schlechte Betriebsausrüstung, mangelnde wissenschaftliche Betriebsführung;
3. schlechte Organisation der Arbeit durch Verwendung gelernter Arbeiter zu Arbeiten, die auch von ungelerten Arbeitern verrichtet werden können, Nivellierung der Arbeiter durch gleiche Löhne, Be-

grenzung des Wachstums, übertriebene Einschränkung der Arbeitszeit, künstliche Beschränkung der vollen Verausgabung der Arbeitskraft;
4. Unglücksfälle.

Bezeichnend ist, daß auch die unter Ziffer 3 angeführten, durch gesperrten Druck hervorgehobenen Leerlaufursachen ebenfalls den Unternehmern zur Last zu legen sind und in den starken Konjunkturschwankungen sowie der unregelmäßigen Beschäftigung des Baugewerbes ihre Ursache haben. Diese Konjunkturschwankungen sind es vor allem, die den starken Leerlauf im Baugewerbe hervorrufen; sie werden in der Hauptsache durch den Einfluß der Witterung und der Jahreszeit verursacht. Nach einem zehnjährigen Durchschnitt ergeben sich für die Stadt Neuyork 13,10 verlorene Tage, an denen die Arbeit wegen der Niederschläge, und 63,9 Tage, an denen sie wegen des Frostes behindert wurde. Die gleichen Verhältnisse dürften für Deutschland zutreffen; sie werden in der Regel als unabänderlich betrachtet. Daß das bei entsprechender Organisation nicht der Fall zu sein braucht, geht aus dem Bericht eines größeren Bauunternehmers Neuyorks hervor, der nur 14 verlorene Tage aufzuzählen hatte. Im allgemeinen wird das Baugewerbe als Freiluftgewerbe betrachtet, das von Niederschlägen und Frost abhängig ist. Das trifft nur für einen Teil des Baugewerbes zu. Ein großer Teil der ihm eigentümlichen Arbeiten entfällt auf den inneren Ausbau, was jedoch bei der Bauausführung nicht oder nicht genügend berücksichtigt wird. Doch auch ein wesentlicher Teil der übrigen Arbeiten kann durch geeignete Vorkehrungen, Ummantelung, Heizung, Verlegung gewisser Arbeiten von der Baustelle in die Fabrik usw., den Einflüssen des Wetters und der Jahreszeit entzogen werden. Ferner besteht nach dem Bericht die Möglichkeit, durch Benutzung der Wettervorhersagen der Wetterbureaus die Dispositionen für die Bauausführung wesentlich zu verbessern. Die amerikanischen Wetterbureaus sind heute bereits darauf eingestellt, den Bauunternehmern das Wetter 24 bis 48 Stunden im voraus anzukündigen.

Als Maßgel, der ebenfalls beseitigt werden kann, wird in dem Bericht hervorgehoben, daß die Auftraggeber der landläufigen Anschauung huldigen, ihre Bauaufträge erst im Frühjahr herauszubringen, um sie im Winter unter Dach zu haben. Diese werden deshalb von den öffentlichen Organen meist erst nach der Bewilligung ihres Etats, gewöhnlich 1. April eines jeden Jahres, vergeben. Der gleiche Uebelstand zeigt sich bei der Vornahme von Reparaturen, die an die Umzugstermine 1. April und 1. Oktober gebunden sind. Wird schon durch die lediglich auf die wärmere Jahreszeit beschränkte Vergabe von Bauausführungen eine Hochkonjunktur erzeugt, so erfährt diese durch die Vergabe der Reparaturarbeiten, die überwiegend Innenraumarbeiten sind, eine ungesunde Verstärkung, was eine ungeheure Zersplitterung des Baugewerbes, zugleich aber auch eine beträchtliche Verteuerung veranlaßt. Der Bericht stellt fest, daß allein durch die Schwankungen der Konjunktur für 27 Berufsgruppen 31 % der möglichen Arbeitszeit verloren gehen und von diesem Verlust nur etwa die Hälfte durch das schlechte Wetter bedingt ist. Ferner wird festgestellt, daß in Neuyork 6000 Maler und Tapezierer alle Arbeiten ausführen können, während in der Hochkonjunktur 25 000 Maler und Tapezierer gebraucht werden. Für die Stadt Cleveland wurde errechnet, daß 400 Baubetriebe ausreichen würden, um alle anfallenden Bauarbeiten auszuführen; vorhanden sind dagegen 4000. Dieser ungeheuren Zeit- und Arbeitsvergeudung ist nach dem Bericht durch Ausnutzung der Wintermonate abzuhelfen. Der Auffassung, daß die Winterarbeiten teurer sind, wird durch Berechnungen entgegengetreten, die das Gegenteil erweisen. Gemisse Einrichtungen, die für die Winterarbeit erforderlich sind, würden zwar höhere Kosten verursachen, andere aber sich beträchtlich vermindern. Bemerkenswert ist, daß ein Teil der Unternehmer für eine derartige Aenderung wenig Interesse zeigt, weil sie gewöhnt sind, die Konjunkturschwankungen auf Kosten der Bauauftraggeber spekulativ auszunutzen.

Ein besonderes Kapitel stellen die Unfälle in dem Leerlaufregister des amerikanischen Baugewerbes dar. Für den Unfallchutz haben die Unternehmer nichts übrig. Die Baugerüste sind deshalb besonders mangelhaft, weshalb die Zahl der Unfälle außerordentlich hoch ist. So sind beispielsweise im Staate Neuyork viermal mehr Arbeiter in der Industrie als im Baugewerbe beschäftigt. In den Jahren 1910 bis 1914 wurden aber in der Industrie nur 1285, im Baugewerbe dagegen 1664 Unfälle registriert. Daß die im Baugewerbe erschreckend hohe Unfallhäufigkeit die Arbeitsleistung ebenfalls ganz erheblich beeinträchtigen muß, bedarf keines besonderen Nachweises. Der Arbeiter, der infolge mangelhafter Betriebseinrichtungen seine Sinne fortgesetzt darauf richten muß, Leben und Gesundheit bedrohende Gefahren zu vermeiden, kann seine Leistungsfähigkeit nur in beschränktem Maße entwickeln. Wie groß der durch Unfälle entstehende Verlust an Arbeitsleistung ist, geht aus der Berechnung eines Versicherungsdirektors hervor, nach der durch eine bessere Sicherung der Arbeiter gegen Unfallgefahren mehr als zwölf Millionen Tagewerke gewonnen werden könnten.

Was in vorstehendem von dem amerikanischen Baugewerbe festgestellt wurde, kann in weitem Umfang ohne weiteres auch auf das deutsche Baugewerbe übertragen werden. Hier herrschen im wesentlichen die gleichen Verhältnisse. Man geht aber auch nicht fehl, wenn man für einen erheblichen Teil der deutschen Wirtschaft ähnliches annimmt. Daß besonders in Industrie und Handel sowohl infolge der durch den Krieg veranlaßten Ueberzeugung wie durch mangelhafte Organisation, unwirtschaftliche Betriebsführung und rückständige technische Einrichtungen gewaltige Leerläufe bestehen, steht außer jedem Zweifel. Wie stark die Ueberzeugung durch Unternehmungen ist, beweist schon die Tatsache, daß sich von 1913 bis 1923 die Zahl der Aktiengesellschaften von 5486 auf 15 033, der sonstigen Gesellschaften von 26 790 auf 72 741 erhöhte. Allein in Berlin stieg die Zahl der Handelsfirmen von 31 622 auf 60 363. Diese gewaltige Zunahme der Betriebe, besonders des Zwischenhandels, ist volkswirtschaftlich kein Nutzen,

sondern schädlich, weil sie nicht produktionsfördernd, sondern durch Verteuerung der Ware produktionshemmend wirkt. Für die Feststellung und Beurteilung dieser Verhältnisse steht bis jetzt ein zusammenfassendes und übersichtlich geordnetes Material nicht zur Verfügung. Es wäre deshalb sehr angebracht, wenn die deutsche Reichsregierung mit ähnlichen Untersuchungen wie das amerikanische Handelsministerium vorgehen würde. Das Ergebnis wäre für die deutsche Wirtschaft und ihre Weiterentwicklung sicher von größter Bedeutung. m.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Einsendung der Jahres-Mitgliederlisten.

Nach Beschluß des Verbandstages in Eisenach hat jede Zahlstelle am Schlusse des Jahres ein Mitgliederverzeichnis anzufertigen und dasselbe mit der Abrechnung des 4. Quartals einzusenden. Den Zahlstellen sind die Listen frühzeitig genug zugestellt worden. Da eine Anzahl von Zahlstellen diese Liste mit der Abrechnung noch nicht eingekandt hat, erjuchen wir das Versäumte recht schnell nachzuholen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Loiz i. Pommern.

Streik in Loiz. Unsere Kameraden in Loiz sind schon lange bestrebt, den Lohn der zweiten Lohnklasse der bezw. Vereinbarungen zu erhalten, sie bekommen bisher den Lohn nach der dritten Lohnklasse. Die Arbeitsverhältnisse haben sich gebessert, so daß man glauben durfte, auf dem Wege der Verhandlungen vorwärts zu kommen. Nachdem sie aber erfolglos waren, ist am 22. Januar die Arbeit eingestellt worden.

Ende der Sperre des Kraftwerkes Stinnes in Heiligen bei Zeitz. Die Sperre war verhängt worden, um den Achtstundentag und den Tariflohn aufrechtzuerhalten. Am 17. Januar hat sich eine Zahlstellenversammlung mit dem Streikfalle beschäftigt. Sie beschloß, die Sperre aufzuheben. Der Tariflohn wird gezahlt. Der Einfluß unserer Kameraden auf die Arbeitszeit reichte nicht aus; der Erhaltungs des Achtstundentages stand entgegen, daß in den Grubenbetrieben länger gearbeitet wird.

Beendeter Kampf in Schwabenheim am Neckar. Die Aussperrung bei der Firma „Bauunternehmung für Schleiße und Kraftwerk“ hat am 29. Januar ihr Ende erreicht, nachdem für die Zimmerer eine Vereinbarung getroffen worden war. Die andern am Werke beschäftigten Arbeiter haben bereits am 4. Januar die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Die Vereinbarung besagt, daß die Zulage für Zimmerer, die bisher 25 % des Lohnes betrug, auf 30 % erhöht wird. Für die verpöbelte Ausbändigung des Lohnes und der Papiere bei Ausbruch der Aussperrung wird Schadenersatz von einem Tagelohn geleistet. Maßregelungen finden nicht statt.

Aus Rheinland-Westfalen. Der am 23. Januar von der durch den Schlichter für die Rheinprovinz, Amtsgerichtsrat Dr. Schneider, Köln, berufenen Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen, den wir in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ veröffentlichten, ist mit Ausnahme von 3 Zahlstellen angenommen worden. Auch die übrigen baugewerblichen Arbeiterverbände haben zugestimmt, dagegen hat die Tarifgemeinschaft der baugewerblichen Arbeitgeberverbände unter Hinweis darauf, daß nach ihrer Auffassung das Baugewerbe keine weiteren Lohnhöhungen tragen könne, abgelehnt. Trotzdem also, wie bekannt, einflußreiche Ortsverbände der Unternehmer die Annahme beschlossen hatten, hat der Druck durch die Großindustrie und durch den Bergbau genügt, die Ablehnung zu erzwingen. Wie will man eine solche falsche Lohnpolitik, besonders unter Berücksichtigung der Besatzungsschwierigkeiten und des Umstandes, daß in den hochentwickeltesten Industriestädten, wie Dortmund, Duisburg, Essen und andere, 10 % und darüber hinaus weniger Stundenlohn bezahlt wird, wie in gleich großen Städten des übrigen Reiches, verteidigen? Wie strupellos und verbrecherisch die Lohnpolitik dieser Industriemagnaten und Scharfmacher im Baugewerbe wirkt, zeigt ein Aufruf der Geistlichkeit der 3 Düsseldorf Stadtdenkmale an die Arbeitgeber, worin es unter anderem heißt: „Die gesundheitlichen Schädigungen und erschreckenden Folgen auf sittlichem Gebiete, die wir infolge der wirtschaftlichen Not — verbunden mit dem herrschenden Wohnungselend — in der Arbeiterschaft immer wieder feststellen, drängen uns zur zweiten Bitte. Die Arbeitgeber mögen an erster Stelle alles aufbieten, um das Einkommen der Arbeiter zu steigern. Es dürfen keine Löhne vorkommen, die nicht für die einfachen Lebensnotwendigkeiten ausreichen“

Die Arbeitervertreter haben sofort an zuständiger Stelle die Verbindlichkeitsklärung und beschleunigtes Verfahren beantragt. Die oben zitierte Bitte in dem Aufruf sehen sie nur als Bestätigung ihrer bei den Verhandlungen vorgetragenen Begründung zur Erhöhung der Löhne an. Für unsere Kameraden muß nach wie vor der Grundsatz gelten — nicht betteln, nicht bitten, — nur mutig gestritten. Es gibt Arbeit für den Aufbau, Erweiterung und organisatorische wie finanzielle Festigung unseres Verbandes in allen Zahlstellen zu leisten, damit den Baugewaltigen bei der ersten günstigen Gelegenheit der Wechsel für ihren Lohndruck und ihre strupellose Lohnpolitik präsentiert werden kann.

Berichte aus den Zahlstellen.

Buran-Kaufha. Unsere Mitgliederversammlung am 17. Januar im Weinteller Salbau war von 27 Kameraden besucht. Kamerad Köhler, Dresden, sprach über den Aufbau des Verbandes und den Achtstundentag und ging hierauf zu den Lohnbrüderereien über, die von einer Salbauer Firma begangen werde. Er erklärte eingehend die mit der Firma stattgefundenen Verhandlungen, die an dem unverschämten Verhalten derselben gescheitert seien. Es wurde allseitig dem zugestimmt, den Beschluß des Gewerbegerichts abzuwarten, der hoffentlich den Wünschen der Salbauer Kameraden Rechnung tragen wird. Der Kassierer wurde entlastet. Dem bisherigen Vorstand wurde das Vertrauen ausgesprochen und seine Wiederwahl beschlossen. In „Verschiedenes“ forderle der Vorsitzende die Kameraden auf zum geschlossenen Zusammenhalt im Verbands, da wir nur dadurch unsere Ziele verwirklichen können. Nach längerer Debatte über ein Zimmererbergnügen wurde beschlossen, ein solches am 7. März im Reichshof in Kaufha abzuhalten.

Düsseldorf. Die Funktionäre unserer Zahlstelle machen seit einiger Zeit die Wahrnehmung, daß ein Teil der Unternehmer die hiesigen anässigen Kameraden nicht einstellt und mit Vorliebe zureisende Kameraden in Arbeit nimmt. Wir sehen in diesem Vorgehen der Unternehmer eine Maßregelung der hiesigen Kameraden wegen ihrer Teilnahme an dem Streik im vorigen Jahr. Leider müssen wir feststellen, daß trotz unserer Bekanntmachung im „Zimmerer“, wonach das Anschauen verboten ist, zureisende Kameraden diesen Beschluß der Zahlstelle nicht beachten. Es werden deshalb alle Zahlstellenleiter erjucht, die abreisenden Kameraden auf diesen Beschluß hinzuweisen. An alle reisenden Kameraden wird der Appell gerichtet, den hiesigen Kameraden gegenüber Solidarität zu beweisen. Kein Zimmerer, der in Düsseldorf zureist, darf, ohne daß er sich auf dem Verbandsbureau, Wallstr. 10, gemeldet hat, umschauen. Kameraden, übt Solidarität!

Emden. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Eingangs wurde der Kassenbericht entgegengenommen und genehmigt. Im alten Jahre konnten wir unsern Mitgliederbestand trotz der vielen Hindernisse, die zu überwinden waren, als Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Betriebsstilllegung der Nordseewerke, wo sonst 50 Zimmerer dauernde Beschäftigung hatten, behaupten. Die Lehrlingsorganisation, die bei uns gut stand durch Hausagitation einiger Kameraden, wurde wieder zerstört durch die Inflation und den häufigen Wechsel der Vorstandsmitglieder. Unsere Mitgliederversammlungen wurden regelmäßig in jedem Monat abgehalten. Sinsu kamen mehrere außerordentliche Versammlungen, die sich in der Hauptsache mit Lohnfragen befaßten. Die Versammlungen waren durchweg schwach besucht, mit Ausnahme solcher Versammlungen, in denen über Lohnfragen berichtet wurde. Der Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen war im Jahre 1924 ein erfolgreicher. In einem Falle mußte unser letztes Mittel zur Anwendung gebracht werden, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir keine 9 Stunden, sondern nur 8 Stunden arbeiten wollen und daß wir nicht 52 %, sondern 70 % verdienen müßten. Nach vierwöchigem Kampfe, der mit festem Willen für den Achtstundentag geführt wurde, obwohl die Streikgelder nur spärlich einkamen, gaben die Unternehmer sich besieg. Die weiteren Lohnverhandlungen waren weniger schwierig. So konnten wir den Lohn von 70 auf 72, für den August auf 74 und vom 16. August an auf 85 % bringen. Des weiteren konnten mehrere Zuschläge bedeutend aufgebessert werden. Die Arbeitslosigkeit war am 1. Januar 1924 sehr groß. Nur zwei Behtel aller Kameraden standen in Arbeit. Am 1. Januar dieses Jahres dagegen neun Behtel. In einem Falle mußte das Gewerbegericht angerufen werden, um unserer Vereinbarung Geltung zu verschaffen. Der Kassenbestand erhöhte sich von 1 M auf 430 M, ob schon wir an Kranke und Erwerbslose zu Weihnachten 200 M vorausgaben. Im Kartellbericht teilte der Vorsitzende mit, daß beschlossen worden sei, den Bau eines Gewerkschaftshauses in die Wege zu leiten. Der Vorschlag wurde von den Kameraden gutgeheißen. Nach einer lebhaften Debatte in „Verschiedenes“ über örtliche Angelegenheiten ernannte der Vorsitzende, Kamerad Wiefing, die Kameraden zum geschlossenen Zusammenstehen, zur Einigkeit und Solidarität.

Landsherg a. d. W. Am 10. Januar tagte im Volkshofsaal unsere Generalversammlung. Nach der Abrechnung gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Lohnverhandlungen und sonstigen Ereignisse im verfloffenen Jahre. Er erwähnte auch die dreiwöchige Aussperrung, die uns, wie es die Unternehmer hofften, die neunstündige Arbeitszeit bringen sollte. Dank der Entschlossenheit der Kameraden erlitten die Unternehmer jedoch einen Reinfall, und wir hatten außerdem nach beendeten Kampf eine erhebliche Lohnhöhung zu verzeichnen. Auch das neue Jahr wird uns Kämpfe bringen, vielleicht noch in schärferer Form, doch fester Zusammenhalt, straffeste Solidarität werden alle Hände der Unternehmer zuschanden machen. Die Vorstandswahl wurde durch Wiederwahl glatt erledigt. Ein Kartelldelegierter schied aus, weil nach seiner Ansicht zu viel Parteipolitik im Kartell getrieben wird. Ueber den Sacharbeitermangel und die Lehrlingsfrage kam es zu einer lebhaften Aussprache. Die Kameraden fordern von der Verbandsleitung, daß sie sich energisch für die Unterbindung der Lehrlingszüchterei einsetzt. Es soll eventuell zur Selbsthilfe geschritten werden in der Form, daß neuereingestellte Lehrlinge von uns nicht ausgebildet werden. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß von jetzt an die Strafgeelder von säumigen Versammlungsbesuchern (Beschluß vom 13. Oktober 1924) erhoben werden, war Schluß der gut besuchten Versammlung.

Magdeburg. Das ganze Jahr hindurch zeigten sich noch die Nachwehen des Inflationsjahres 1923. Schon im Januar 1924 führten wir den ersten Angriffskampf, der trotz der großen Arbeitslosigkeit eine Lohnhöhung von 45 auf 50 % für das ganze Lohngebiet Sachsen-Anhalt brachte. Der April brachte uns eine eklatante Aus-

sperrung, hervorgerufen durch den Streik der Bauarbeiter, der ohne nennenswerten Erfolg verlief. Im August zum dritten Male im Kampf konnten wir eine Lohnerhöhung von 64 % auf 80 % verbuchen. Die Arbeitslosigkeit hob sich im Juli, sie war einige Wochen nach Beendigung des Streikes eine gute, so daß fast die gesamten Kameraden der Zahlstellen Schönebeck und Burg, die nacheinander im Streik standen, hier unterkommen konnten. Bei allen Kämpfen haben unsere Kameraden bewiesen, daß sie von Kampfesmut befeelt waren und treu zum Verband gehalten haben. Die Tätigkeit der Zahlstelle vollzog sich in 16 Versammlungen, 14 Vorstands- und Funktionär-Funktionen und 17 Lohnverhandlungen. In 3 Konferenzen in Magdeburg und in mehreren Versammlungen in Burg, Colbitz, Gommern und Schönebeck wurde die Verschmelzung dieser Zahlstellen beraten und zum Abschluß gebracht. Die jetzige Zahlstelle Magdeburg setzt sich somit vom 1. Januar 1925 an aus den oben angegebenen Zahlstellen als Bezirk zusammen. Die Mitglieder der schon vorher eingegangenen Zahlstelle Wanzleben waren bereits Magdeburg einberleibt. Die maßgebenden Beschlüsse faßt nun die Zahlstellenversammlung, die sich zusammensetzt aus Delegierten der Bezirke. Auf die ersten 50 Mitglieder kommen 2, auf je weitere 50 1 Delegierter mehr. Die gesamte Zahlstelle Magdeburg umfaßt nun 970 Mitglieder. Als Zahlstellenvorstand wurde am 18. Januar der bisher in Magdeburg tätig gewesene Vorstand von den Vertretern der Bezirke wiedergewählt; hinzugewählt wurde ein Beisitzer für Schönebeck und Gommern, ein Beisitzer für Burg und Colbitz und ein Revisor aus Gommern. Auch hiermit ist ein Stück Aufbauarbeit zum Wohle unserer Gesamtorganisation geleistet. Ein arbeitsreiches Jahr ist vollendet, ein neues liegt vor uns. Darum, Kameraden, werde sich jeder einzelne seiner Kraft und Pflicht bewußt: Vorwärts und aufwärts, dem Ziele entgegen!

Mühlau. Am 18. Januar fand im Volkshaus zu Reichenbach die Generalversammlung der Zimmerer statt. Wenn auch der Besuch ein stärkerer hätte sein können, so zeigte sich doch, daß die Kameraden mit der Tätigkeit des Gesamtvorstandes einverstanden waren. Die Opposition war sehr schwach vertreten. Hauptsächlich hat sie aus den Versammlungen anderer Gewerkschaften geleert. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Rühl, den Jahresbericht und der Kassierer, Kamerad Robert Werner, den Kassierbericht gegeben, wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Dann gab der Vorsitzende noch bekannt, daß das Lohnabkommen mit den Unternehmern gekündigt worden sei. Ein Kampf im Baugewerbe werde dieses Frühjahr wohl unvermeidlich sein. Die Zimmerer seien gerüstet. Hoffentlich würden die Unternehmer ihr profanhaftes Tun aufgeben.

Botsdam. In der am 4. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde nach der Abrechnung vom 4. Quartal der Jahresstellenbericht gegeben, der in seinen Einzelheiten über die Einnahme und Ausgabe sowie über die Mitgliederbewegung Aufschluß gab. Leider war im abgelaufenen Jahr eine Abnahme von Mitgliedern zu verzeichnen und mußten einige Kameraden mit Restwachen gestrichen werden, was im allgemeinen auf eine schlechte Bücherkontrolle zurückzuführen ist. Anschließend gab der erste Vorsitzende, Kamerad Alburg, den Jahresbericht. Er führte die Lohnerhöhung von 63 auf 66 % im Laufe des Jahres an, ferner sprach er über die schlechte Konjunktur am Anfang des Jahres, die sich im Sommer besserte und zum Schluß des Jahres als gut zu bezeichnen war. Weiter streifte er den achtwöchigen Streik der Berliner Kameraden und die vierwöchige Aussperrung in Nowawes, die von den Kameraden Solidarität und Opfermut verlangten. Hingewiesen wurde auf die Kämpfe in diesem Jahre und auch für die Zukunft zu engem Zusammenhalt aufgefordert. Interessante Ergebnisse zeigte die Statistik von den Plätzen. In Zukunft sollen jedes Vierteljahr an die Plätze derartige Fragebogen ausgegeben werden. Es ist Pflicht der Vertrauensleute, auf genaue Ausfüllung und pünktliche Ablieferung zu achten. — Der Erhöhung der Entschädigung des Vorstandes um eine halbe Beitragsmarke wurde zugestimmt. Auf Antrag des Kameraden Schuchmiski wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Einem weiteren Antrag des Kameraden Schuchmiski, zur Hebung des Versammlungsbesuches, wozu jeder Kamerad im Vierteljahr eine Versammlung zu besuchen hat, andernfalls er der Lokalunterstützung verlustig geht, wurde ebenfalls zugestimmt. Debattiert wurde über die längere Arbeitszeit an den Sonnabenden bei der Firma Boswau & Anauer. Die Versammlungen werden auch in diesem Jahr so beibehalten wie bisher; jeden dritten Montag im Monat, davon jede dritte Versammlung im Quartal in Nowawes. Vor jeder Monatsversammlung findet bei Kraft eine Funktionärsitzung statt.

Himbach i. Obenwald. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Sie war trotz schriftlicher Einladung schlecht besucht. Anwesend waren 30 Kameraden. Im Vordergrund der Tagesordnung standen die Punkte Jahresabrechnung und Neuwahl des Vorstandes. Die Abrechnung wurde genehmigt. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 64, fünf Kameraden wurden wegen Schulden gestrichen, mithin ist der Mitgliederbestand noch 59. Der Vorstand wurde, da die Kameraden mit seinen Leistungen zufrieden waren, einstimmig wiedergewählt. Hierauf verlas der Vorsitzende einige Schreiben von der Gauleitung und gab den Kameraden darüber Aufklärung. In „Verschiedenes“ gab es noch einige Auseinandersetzungen über Verbandsangelegenheiten. Mit dem Ersuchen, auch weiterhin auf ein gutes Zusammenarbeiten bedacht zu sein, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt, sie war sehr gut besucht. Die Neuwahl des Vorstandes ging glatt vonstatten. Es blieb beim alten, nur einige Posten wurden vertauscht. Ueber die Agitation gab es eine lebhafte Aussprache, weil man von den Unorganisierten als Ausrede immer wieder hören muß, es gibt ja doch keine Arbeitslosen- beziehungsweise

Krankenunterstützung. Es will den Verbandschwänzern nicht einleuchten, daß durch die Inflation alle Verbände gelitten haben. Geht es aber um einen neuen Tarif, dann sagen und forschen sie überall herum. Leider gibt es noch immer organisierte Kameraden, die an die Wilden Auskünfte geben. Bei Mitterer, Schubdt und Fortmeier hat man es sogar verstanden, die Organisierten hinaus zu drücken. Dann sollen die Unorganisierten auch mit dem zufrieden sein, was ihnen die Meister geben; denn je höher ihnen der Brotkorb gehängt wird, desto eher finden sie den Weg zur Organisation. Ueber die Verschmelzung war ein Mißverständnis entstanden, das in der Versammlung geklärt und womit die Sache als erledigt angesehen wurde. Der Vorsitzende richtete an alle Kameraden den dringenden Wunsch, die Versammlungen stets fleißig zu besuchen und immer neue Kameraden mitzubringen.

Ulm a. d. D. Am 18. Januar fand im Gasthaus zur Insel unsere Generalversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der 1. Kassierer Bernhard Schmidt in warmen Worten der Tätigkeit des 1. Vorsitzenden E. Groß, der am heutigen Tage 20 Jahre lang der Zahlstelle Ulm angehört und sie bald ein Jahrzehnt als 1. Vorsitzender mit Umsicht und Tatkraft leitet. Beim Jahresrückblick betonte der 1. Vorsitzende, daß das abgelaufene Jahr uns viel Mühe, Arbeit und Enttäuschungen brachte. Beim Eintritt ins verfloßene Jahr war der Lohn der Zimmerer 50 Goldpfennig, heute steht er nach verschiedenen Lohnbewegungen auf 76 %. Die Geschäfte wurden erledigt in einer Generalversammlung, 12 Versammlungen, 2 außerordentlichen Versammlungen, 18 Ausschusssitzungen und in einer Reihe von Platzversammlungen. In letzteren wurden circa 15 Unorganisierte respektive solche, die dem Verbands den Rücken gekehrt haben, festgestellt. Im ersten halben Jahre war die Konjunktur schlecht, im letzten halben Jahre besser. Die Platzdelegiertenwahlen wurden dieses Jahr zum ersten Male nach dem Betriebsrätegesetz durchgeführt. Der 1. Vorsitzende schloß seinen Rückblick damit, daß der Jugend die Zukunft gehört und die Organisation ein besonderes Augenmerk darauf richten müsse. Anschließend gab der Kassierer den Kassierbericht. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wurde einstimmig genehmigt. Allgemeine Anerkennung fand in der Abrechnung der Kosten für die Kranken und arbeitslosen Kameraden, denen je nach der Dauer ihrer Verbandszugehörigkeit zu Weihnächten mit einem Geldgeschenk aus lokalen Mitteln unter die Arme gegriffen wurde. Die Neuwahlen gingen dieses Jahr schnell vonstatten. Ein Vertrauensantrag lief ein und rief den Gesamtvorstand auf, ein weiteres Jahr die Aemter zu verwalten. Dem Antrag wurde Rechnung getragen, nur für den ausscheidenden 2. Schriftführer wurde ein neuer gewählt. Bei den Anträgen sowie auch in „Verschiedenes“ platzten die Gemüter manchmal heftig aufeinander; schließlich konnten aber doch zuguterletzt die Ansichten immer wieder unter einen Hut gebracht werden, und das ist die Hauptsache, wenn wir vorwärts kommen wollen. Im Schlußwort dankte der 1. Vorsitzende, Kamerad Groß, den erschienenen Kameraden für ihr Aushalten und ermahnte sie, auch im kommenden Jahre treu zum Verbands zu stehen, möge es auch durch Dick und Dünn gehen!

Wittenberg. Am 18. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Sie war gut besucht. Die reichhaltige Tagesordnung widelte sich ohne besondere Schwierigkeiten ab. Vor der Neuwahl des Vorstandes ergriff unser Vorsitzender, Kamerad Richard Schmidt, das Wort und führte uns das verfloßene Jahr mit seinen vielen Nöten und Schwierigkeiten vor Augen. Er dankte den Kameraden für die treue Mitarbeit an unserer guten Sache und bat sie, sich auch im neuen Jahre rührig zu betätigen, damit wir uns ein einigermaßen erträgliches Dasein schaffen und dem Unternehmertum die Stirne bieten könnten. — Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, er dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach, alles herzugeben, was in seinen Kräften stehe. Um des Tages Sorgen und Mühen einmal zu vergessen und damit sich die Kameraden gegenseitig besser kennen lernen, beschloß die Versammlung, ein Fastnachtsbegrüßung abzuhalten. Gleichzeitig wollen wir den Tag benutzen, unsern Kameraden Gustav Lehmann für seine fünfundsingzigjährige Tätigkeit als Kassierer der hiesigen Zahlstelle unsern Dank auszusprechen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Adolf Thiele, bis 1919 langjähriger Mitarbeiter des „Zimmerer“, ist am 25. Januar in Halle im Alter von 72 Jahren einer Lungenentzündung erlegen. Er verwaltete nach der Revolution das Landratsamt Halle-Saalkreis, schied aber nach zweijähriger Tätigkeit auf Grund des Alters-Pensionsgesetzes aus dem Dienst. Von seiner Mitarbeit am „Zimmerer“ trat er im Jahre 1919 infolge der politischen Spaltung der Arbeiterschaft freiwillig zurück.

Die 15. Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fand vom 27. bis 29. Januar in Berlin statt. Ein ausführlicher Bericht darüber liegt noch nicht vor. Wir begnügen uns deshalb für diese Nummer mit der Wiedergabe von zwei sehr wichtigen Entschlüssen des Ausschusses, die bereits durch die Tagespresse gegangen sind. Die erste betrifft die Arbeitszeitfrage und lautet:

„Der Bundesausschuß des ADGB. spricht sein Befremden darüber aus, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht ratifiziert hat. Diese Unterlassung, wie auch die verspätete und langsame Durchführung des § 7 der noch geltenden Arbeitszeitverordnung lassen erkennen, daß der Reichsregierung der ernste Wille fehlt, den gesetzlichen Achtstundentag wiederherzustellen. Der Bundesausschuß erhebt Protest gegen diese Verschleppung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kulturwelt unerträglich ist.“

Der Bundesausschuß verpflichtet erneut die Gewerkschaften, auch entgegen allen Widerständen an der achtstündigen Arbeitszeit festzuhalten und alle gewerkschaftlichen Mittel für

deren baldige Wiederherstellung auf der ganzen Linie einzusetzen.

Gleichzeitig wird der Bundesvorstand beauftragt, die Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheides zu beschleunigen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziel führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des Gesetzes über den Achtstundentag gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesvorstandes ihre ganzen Kräfte für das Gelingen ihrer Aktion einsetzen.“

Zur politischen Lage wurde durch Annahme folgender Entschlüsse Stellung genommen:

„Der Sieg des Bürgerblocks im Reich wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik. Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.“

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegengetreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kampfes bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Kampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eigentümlich sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.“

Zur Neuwahl der Betriebsvertretungen in diesem Jahre veröffentlicht Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Angestelltenbund einen Aufruf. Für das Baugewerbe ist die Betriebsvertretung durch eine besondere, erst vor kurzem für allgemeinverbindlich erklärte Vereinbarung geregelt. Soweit also Betriebsvertretungen bestehen, sind Neuwahlen nicht nötig. Wo aber Betriebsvertretungen nicht vorhanden sind, müssen sie schleunigst gewählt oder wie die Vereinbarung befragt, von den Arbeiterorganisationen bestimmt werden. „Ehrenfache der Arbeiter muß es sein — so heißt es in dem Aufruf — daß kein Betrieb, für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne dieselbe ist. Nur so sind die Rechte der Arbeiter und der Angestellten zu wahren und zu sichern. Die Neuwahlen müssen zur Gewinnung der noch nicht den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter und Angestellten ausgenutzt werden. Denn ohne starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten und ohne starke Gewerkschaften gibt es überhaupt keinen Kollektivismus und keine Arbeiterrechte. Nur starke Gewerkschaften gewährleisten die Macht der Arbeiter.“ Das mögen auch unsere Kameraden beherzigen und dafür sorgen, daß in jedem Betrieb eine Vertretung besteht.

Sechshundert Millionen Mark Schwerindustriele Liebesgabe. In aller Heimlichkeit hat die Reichsregierung die Entschädigungspflicht neu geregelt. Nach den bisherigen Bestimmungen war die Entschädigungspflicht für die Zeit bis zum 31. Oktober 1923 begrenzt. Am 10. Dezember 1924 erschien plötzlich eine Verordnung der Regierung, wonach auch solche Schäden vergütet werden sollen, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Darunter fallen die sogenannten Vicumverbindlichkeiten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, und es ist anzunehmen, daß dieser Industrie wegen die Entschädigungspflicht ganz bedeutend erweitert wurde. Dem entspricht, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie nicht weniger als mit 600 Millionen Goldmark zu vergütende Schäden beim Reich angemeldet haben soll. Das Reich soll auch im Prinzip diese Summe anerkannt haben.

Die Öffentlichkeit ist von dem Gang der Dinge nicht wenig überrascht worden. Für Schadenersatz stehen dem Reiche 250 Goldmillionen aus den Vorkaufzahlungen für die Ausführung des Danesplans zur Verfügung. Diese Summen sind aus Steuergroschen aufgebracht worden, und auch der an den 600 Millionen fehlende Rest muß aus Staatsmitteln bestritten werden. Die deutsche Öffentlichkeit kann mindestens verlangen, daß die Reichsregierung die Grundzüge klarlegt, nach denen sich die Entschädigung an die rheinisch-westfälische Schwerindustrie regeln soll. Wie wir hören, soll der Schwere Industrie nicht nur der tatsächliche Schaden, sondern auch der entgangene Gewinn

erfekt werden. Außerdem hat die Öffentlichkeit Interesse daran, welche Preise den Erfordernissen zugrunde liegen. Es wird nämlich behauptet, daß von der Industrie die überhöhten Preise des Frühjahres 1924 und nicht die normaleren Preise Ende des Jahres 1924 gerechnet worden sind. Im weiteren muß betont werden, daß die Preise und Rechnen in Rheinland und Westfalen während des Ruhezustands Aufbaubarbeiten vorgenommen haben, so daß in den meisten Fällen der entstandene Schaden zu einem gewissen Prozentsatz durch technische Verbesserungen und Erhöhung der Produktionsfähigkeit ausgeglichen worden ist. Hier ist zu fordern, daß von unparteiischer Seite eine gründliche Nachprüfung der Schadenforderungen vorgenommen wird. Weiter muß folgendes berücksichtigt werden: Das Reich hat während der Ruhezustände einen großen Teil der Kosten getragen, weiter hat es den rheinisch-westfälischen Großindustriellen Papiermarktkredite gewährt, die nachher mit entwertetem Gelde zurückgezahlt worden sind. Durch diese Maßnahmen haben die Industriellen, wie ihre Goldbilanzen beweisen, ihre Substanz nicht unbeträchtlich vermehrt. Es entspricht nur den Grundsätzen der Gerechtigkeit, wenn das Reich die von den Großindustriellen erzielten Inflationsgewinne jetzt gegen die wirklichen Schäden der Ruhrindustrie aufrechnet. Die Beobachtung der finanziellen Lage der Ruhrindustrie beweist, daß eine solche Regelung durchaus möglich ist. Wir fordern deshalb, daß die Regierung die Verhandlungen vor aller Öffentlichkeit und unter Hinzuziehung der parlamentarischen Körperschaften führt. Es gibt genug Leute, die den Ruhrkampf zur Erzielung von Riesengewinnen benutzt haben. Es ist nicht nötig, daß das Reich der Großindustrie eine neue Liebesgabe macht.

Bei dieser Regelung darf eines nicht vergessen werden: die Last des Ruhrkampfes wurde von der breiten Bevölkerung in Rheinland und Westfalen getragen, die unter den größten Entbehrungen den Kampf durchhielten. Auch die Ruhezustände der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie waren nur möglich, indem die rheinisch-westfälische Arbeiterklasse Überarbeit leistete und sich mit ungenügenden Löhnen begnügte, abgesehen von der Arbeitslosigkeit, unter der die wirklichen Ruhrkämpfer gelitten haben und noch leiden. Auch heute ist die wirtschaftliche Lage des Ruhrproletariats so miserabel, daß schnelle Hilfe nottut. Es wird den Massen in Rheinland und Westfalen einfach unverständlich bleiben, wenn das Reich, das vor einem Jahre den Arbeitslosen selbst die unzureichende Erwerbslosenunterstützung entziehen wollte, heute aus den Steuergroßen dieser Arbeitslosen der Schwerindustrie Hunderte von Millionen zur Verfügung stellt.

Die Werttarife und die Gelben. Die Reaktion holt augenblicklich in Deutschland zum Schläge aus, um die Arbeiterschaft als politischen und wirtschaftlichen Faktor auszuschalten. Lange genug ist man ja mit dem Märchen von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung haufieren gegangen. In Anlehnung an das System der gelben Werkvereine aus der Vorkriegszeit und an die Methoden der faschistischen Gewerkschaften in Italien ist eine neue gelbe Werkvereinsbewegung mit stark völkischem Einschlag in der ersten Entwicklung begriffen. Der bekannte Arbeitgeberverbändler Dr. Meißinger hat dafür in den letzten Monaten den Boden geebnet. Er setzte insbesondere im „Arbeitgeber“ theoretisch auseinander, daß die Unternehmer keineswegs eine Aufhebung des Betriebsrätegesetzes wünschen; gleichzeitig verlangt er aber für die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften eine völlig autonome Stellung; hauptsächlich, soweit es sich um den Abschluß von Tarifverträgen handelt. Das angeblich bestehende Gewerkschaftsmonopol von heute wünscht Dr. Meißinger zugunsten der gelben Werkvereine beseitigt. Die durchaus tendenziöse Auslegung des Koalitions- und des Tarifrechtes zeigt sehr deutlich das Ziel der Scharfmacher: Auflösung der gewerkschaftlichen Solidarität zugunsten der Volksgemeinschaft und Beseitigung der gewerkschaftlichen Kollektivverträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschlüsse von Tarifverträgen mit den Gelben, seien es willfährige Betriebsräte oder Werkvereine. Es liegt durchaus auf der Linie der Entwicklung des Werkvereinsgedankens, wenn künftig Betriebsräte und Betriebsvereinigungen als Vollwerk gegen die Gewerkschaften gedacht sind. Herr Dr. Meißinger ist der Theoretiker, nach dessen Programm Herr Geisler handelt. Gegenüber dem System aus der Vorkriegszeit, bei dem die Arbeiter und Angestellten durch plump verarbeitete Geschenke eingeweicht werden sollten, ist die neue Methode zweifellos raffinierter.

Es ist ein Verdienst der Gewerkschaftskollegen in Chemnitz, kürzlich eine dieser Sumpfschlafen aufgestochen zu haben. Sie luden einen gewissen Franz Sadewong, der sich in Sachsen als Gründer gelber Schmarobergebilde betätigt, zu einem Vortrag ein, den der etwa 26 Jahre alte Faschistenhäuptling auch prompt hielt. Aus seinem Referat sei nur erwähnt, daß Herr Geisler Führer des Verbandes ist, die vaterländischen Verbände deutschvölkisch eingestellt sind und den Streik ablehnen. Er erbrachte auch den Nachweis, daß die Unternehmer diese gelben Knechte berücksichtigen und bevorzugen. Nachdem die Chemnitzer Kollegen alles Wissenswerte erfahren hatten, stellten sie sich dem Herrn Referenten als Anhänger der freien Gewerkschaften vor, gaben ihm den wohlgemeinten Rat, sein schmutziges Gewerbe zu lassen und dankten ihm für die Freundlichkeit ob des gelieferten Materials. Der völkische Held wurde totenbleich, zitterte am ganzen Leibe; dann ergriff er seine Mappe und taumelte aus dem Lokal.

Das so bekanntgewordene Material läßt keinen Zweifel darüber, daß die Unternehmer, die angeblich mit Geldschwierigkeiten zu kämpfen haben, große Aufwendungen machen, die faschistischen Werkvereinigungen großzügig zuziehen. Mit derselben Fähigkeit sind einige Industriebetriebe dabei, durch Abschluß von Tarifverträgen den gelben Vereinen Resonanzboden zu verschaffen. Die Unternehmer haben Musterverträge solcher Werkver-

träge ausgearbeitet und verschicken sie an ihre Firmen. Ein ähnliches Vorgehen hat gegenüber den Angestellten eingesetzt, die man offenbar glaubt leichter einschüchtern zu können. Den unter besonders ungünstigen Verhältnissen lebenden Angestellten wird nahegelegt, entweder die Verträge anzunehmen oder sie haben mit ihrer baldigen Kündigung zu rechnen. Besonders hoffen die Unternehmer, auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen in ihrem Sinne einwirken zu können.

Sene Werkverträge sehen bei den Angestellten die Verkürzung der gesetzlichen Kündigungsfrist und die Aufhebung der Bezahlung von Überstunden vor. Die letztgenannten Maßnahmen erleichtern es den Unternehmern, zunächst höhere Gehälter und Löhne vorzutauschen; dadurch soll der Loskauf von den Gewerkschaften schmählicher gemacht werden. Die Arbeiter und Angestellten haben alle Ursache, diese ausgesprochene antigewerkschaftliche Bewegung mit aller Aufmerksamkeit zu beachten; denn es gibt nur eine Alternative: Entweder Werkvereinsgemeinschaft, Werkverträge und Knechtschaft oder gewerkschaftliche Solidarität, Tarifverträge und sozialer Aufstieg.

Literarisches.

„Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte“ von Franz J. Furtwängler. Gewerkschaftliche Jugendbücherei Band II 1925. 144 Seiten. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Preis 1,50 M. — Das Buch versucht auf dem knappen Raum von 144 Seiten die in dem Titel angedeuteten vielseitigen und komplizierten Fragen des sozialen Aufbaues der Gesellschaft und ihrer Arbeitsverfassung im Altertum und Mittelalter in großen Umrissen aufzuzeigen. Die Schrift ist als Einführung für jugendliche Leser gedacht. Eine gut ausgewählte Zusammenstellung der wichtigsten Literatur bietet Hinweise zu weiterem Studium. Wenn der junge Gewerkschafter an Hand der verzeichneten Werte in den schwierigen Stoff tiefer einzudringen versucht, wird es ihm leicht sein, zu einer unbesangenen Würdigung der Verhältnisse der Vergangenheit zu gelangen, die heute mehr als je zur Voraussetzung auch der praktischen Gewerkschaftsarbeit gehört.

Die Gewerkschaften im Ruhrkampf von Lothar Erdmann im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1924. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14. 224 Seiten. Preis: Ganzleinen gebunden 5,75 M., broschiert 4,75 M. — Führer und Soldaten sehen im Kriege immer nur Einzelhandlungen, erst nachträglich läßt sich ein Bild des Ganzen gewinnen und feststellen, ob die getroffenen Maßnahmen, der Geist und die Haltung richtig oder falsch gewesen sind. Das gilt auch vom Ruhrkampf und von der Haltung der Gewerkschaften. Das Buch behandelt die Beweggründe und Ziele, die die Gewerkschaften veranlaßten, die Arbeiter zum passiven Widerstande aufzurufen, und den Verlauf des Kampfes selbst. Es eher herauszugeben, war infolge der durch die Inflation geschwächten Finanzkraft der Gewerkschaften nicht möglich. Sein Studium ist, da darin die erste umfassende Geschichte des passiven Widerstandes dargestellt ist, sehr zu empfehlen.

Einen „Ewigen Tageskalender“ offeriert die Firma F. W. Diez, Rheinsheim i. Baden, den sie selbst konstruiert hat. Er ist ohne Zweifel eine interessante Erfindung, für den Tagesgebrauch nicht so sehr geeignet, vielleicht aber insofern wertvoll, als man mit seiner Hilfe für jedes Datum, wie besonders für Fest- oder Geburstage, vorwärts oder rückwärts feststellen kann, welcher Tag in Frage kommt.

Versammlungsanzeiger.

- Sonntag, den 8. Februar:**
Treprow a. d. Rega: Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus.
- Montag, den 9. Februar:**
Machen: Gleich nach Feierabend in der Gewerkschaftsschule, Kleinföhrstr. 18. — Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr „Funktionärsführung“ bei Praet, Kaiser-Wilhelm-Straße 88.
- Dienstag, den 10. Februar:**
Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Löbau: Nach Feierabend in Kerns Restaurant, Schulgasse. — Mainz: Gleich nach Feierabend im „Goldenen Pflug“. — Nordensham: Nachmittags 5 1/2 Uhr im Genossenschaftshaus, Schulstraße 10.
- Mittwoch, den 11. Februar:**
Düsseldorf: Abends 7 Uhr im Volkshaus, Flingerstraße, Lehrlingsversammlung.
- Donnerstag, den 12. Februar:**
Benzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei R. Christensen. — Siegen i. W.: Abends 7 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Jung, Sandstraße.
- Freitag, den 13. Februar:**
Eisenberg: Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus. — Ferndorf: Abends 6 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Kottmann. — Selentkirchen, Bezirk Wattencheid: Abends 7 Uhr bei Wismann, Ecke Hoch- und Sedanstraße. — Schwerin: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Baderstr. 5.
- Sonntag, den 14. Februar:**
Döitz: Abends 8 Uhr im Gasthof von Martin Feß. — Lügen: Abends 8 Uhr im „Bürgergarten“. — Waren: Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Traube“.
- Sonntag, den 15. Februar:**
Cüstrin: Nachmittags 3 Uhr Lehrlingsversammlung bei Dills, Plantagenstr. 58. — Pagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder und Bergstraße. — Köln, Bezirk Mülheim: Vormittags 10 Uhr bei G. Weise in Deuß, Mülheimer Straße 187. — Neuß, Bezirk Grevenbroich.

Sterbetafel.

Berlin. Am 26. Dezember starb unser Kamerad Fritz Bartol (Bezirk 28) im Alter von 57 Jahren an Herzschwäche, und am 12. Januar unser Kamerad Richard Spioät (Bezirk 13) im Alter von 42 Jahren an Lungenlähmung. Am 13. Januar starb unser Kamerad Adolf Falz (Bezirk 12) im Alter von 67 Jahren an Magenkrebs. Am 18. Januar starb unser Kamerad Otto Elball (20 547) im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs. Am 19. Januar starb der Kamerad Simon Elack (20 858) im Alter von 67 Jahren an Nierenentzündung. Am 20. Januar starb der Kamerad August Modrow (91 115) im Alter von 65 Jahren an Schlaganfall.

Duisburg. Am 19. Januar starb unser Kamerad Friedrich Jandt im Alter von 34 Jahren an Magenkrebs.

Essen. Im Jahre 1924 starben die Kameraden Heinrich Steurnagel, Heinrich Bauermann, August Neumann, Hermann Zahn und Paul Deutschmann.

Glückstadt. Am 6. Januar starb unser Kamerad Joh. Köhnke im Alter von 56 Jahren an Magenkrebs.

München. Am 26. Januar starb unser Kamerad Dionys Schwab im Alter von 37 Jahren infolge einer Körperverletzung.

Reichenbach i. B. Am 26. Januar starb unser Kamerad Bernhard Wolds im Alter von 61 Jahren an den Folgen einer Blutvergiftung.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Annaberg-Buchholz.

Achtung! Jeden ersten Mittwoch im Monat nach Feierabend findet im Volkshaus unsere Monatsversammlung statt. Erscheinen aller Kameraden ist dringend erwünscht. [1,40 M.] Die Zahlstellenleitung, R. Endler.

Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Sonntag, den 1. März 1925, vormittags 10 Uhr, im [3,40 M.] Saal II des Dresdner Volkshauses

Zahlstellen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stand unserer Bewegung im Reich und die Aussichten für einen neuen Reichstarifvertrag. 2. Bericht von den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen für Ostfachsen vom 1. März an, Stellungnahme zum Ergebnis desselben. 3. Geschäfts- und Kassenbericht über das Jahr 1924. 4. Stellungnahme zur Neuwahl der Zahlstellenangestellten. 5. Stellungnahme zur Wiedereinführung der lokalen Steuerunterstützung. 6. Allgemeines. Die Bezirksführer wollen dem Bureau umgehend Ort und Zeit der Bezirksversammlungen mitteilen, die sich mit dieser Tagesordnung beschäftigen. Der Vorstand.

Zahlstelle Düsseldorf.

Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, auf dem Verbandsbureau, Wallstr. 10, Zimmer 4, zu melden. Meldezeit abends von 7 bis 8 Uhr. Ohne Ausweis der Zahlstelle ist das Umschauen verboten. [2,10 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Frankfurt a. Main

und Umgebung. [3,40 M.] Sonntag, 15. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M.

Zahlstellen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz. 5. Unsere nächsten Aufgaben (Referent: Kamerad Sauer). 6. Anträge. 7. Verschiedenes. Zur Teilnahme sind verpflichtet die Vorstandsmitglieder und die Revisoren, die Bezirkskassierer und die Delegierten der Lohngemeinde. Im übrigen können als Gäste ohne Stimmrecht alle Kameraden teilnehmen. Der Vorstand.

Zahlstelle Göttingen.

Laut Versammlungsbeschluss finden die Monatsversammlungen jeden ersten Montag im Monat statt. [1 M.] Der Vorstand.

[1,80 M.] **Zahlstelle Rehl i. Baden.**

Alle zureisenden Kameraden, auch Mitglieder auswärtiger Zahlstellen, haben sich, da Umschauen verboten ist, entweder beim Vorsitzenden, Bildastr. 11, oder beim Kassierer, Gärberstr. 31, zu melden. Der Vorstand.

Zahlstelle Kronach i. Bayern.

Das Mitgliedsbuch Nr. 88 823, lautend auf Max Grobels, geboren am 17. November 1890 zu Weissenbrunn, eingetretten am 8. August 1921 in der Zahlstelle Kronach, ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. [2,10 M.] Der Vorstand.

Kamerad Heinrich Hader aus Oberpreusswitz bei Bayreuth, sende Deine Adresse an Deine Mutter, Vater tot! [90 M.]

Max Arndt (Verbandsbuch-Nr. 398 476) oder wer seinen Aufenthalt kennt, wird ersucht, ihn an seine Verpflichtungen der Zahlstelle Meseritz (Ruchten) zu erinnern. Max Eitner, erster Kassierer, Meseritz, Rosenstraße 11. [1,50 M.]